

Zeitschrift für das gesamte
REDITWESEN

75. Jahrgang · 1. Oktober 2022

19-2022

**Digitaler
Sonderdruck**

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

DIE GENOSSENSCHAFTLICHE FINANZGRUPPE

2022

**„Genossenschaftsbanken werden immer den
Mitgliedern in ihrer Region verpflichtet bleiben“**

Redaktionsgespräch mit Marija Kolak



Redaktionsgespräch mit Marija Kolak

„Genossenschaftsbanken werden immer den Mitgliedern in ihrer Region verpflichtet bleiben“

 **Frau Kolak, zunächst herzlichen Glückwunsch: Der BVR als Interessenverband der Genossenschaftsbanken in Deutschland feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag. Macht Sie das stolz?**

Mit 50 Jahren ist der BVR vergleichsweise jung. Viele Volksbanken und Raiffeisenbanken schauen auf mehr als 150 Jahre zurück. Dennoch markiert dieses Jubiläum einen wichtigen Meilenstein. Denn erst mit der Entscheidung, die früher getrennten Organisationen der ländlichen und städtischen Genossenschaftsbanken zusammenzuführen, konnte die genossenschaftliche Bankengruppe ihr ganzes Potenzial entfalten. Heute sind wir eine der größten und zugleich kapitalstärksten Finanzgruppen Europas. Das macht mich in der Tat stolz.

 **Was waren weitere wichtige Meilensteine auf dem Weg zu der Genossenschaftlichen Finanzgruppe, wie wir sie heute sehen?**

Unsere Geschichte ist reich an bedeutenden Ereignissen, denn wir mussten immer wieder Dinge neu aufstellen, um erfolgreich zu sein. Ich würde die Errichtung der Sicherungseinrichtung im Jahr 1934 dazuzählen. Dann natürlich die Gründung der ersten Verbundunternehmen wie der R+V Versicherung, die in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen feiert. Das gemeinsame Markenzeichen, welches 2002 eingeführt wurde und die Konsolidierung auf Zentralbankebene und bei den Rechenzentren. Ich würde ferner die Aufgabenzuschreibung an den BVR, das strategische Kompetenzzentrum der Gruppe zu sein, mit hinzuzählen. Dies

klingt heute, wo wir mit der Strategieagenda die strategischen Herausforderungen der nächsten 10 Jahre in den Blick nehmen, so selbstverständlich. Aber 2004 war es das nicht.

 **Gleichwohl ist das Umfeld derzeit alles andere als einfach. Es sind wahrlich bewegte Zeiten mit sehr vielen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten. Wie nehmen Sie persönlich die aktuelle Situation wahr?**

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist tragisch. Die Welt droht wieder in Blöcke zu zerfallen. Vieles wird sich neu ausrichten müssen in der Wirtschaft. Resilienz wird wichtiger, vor allem in den internationalen Lieferbeziehungen. Dabei stehen wir global vor so großen Herausforderungen – Umwelt, Migration, Alterung der Gesellschaft – dass wir eigentlich ein Mehr an Gemeinsamkeit brauchen.

 **Was bedeutet all das für die Genossenschaftliche Finanzgruppe. Sind das gute Zeiten für ihre Bankengruppe?**

Für uns bedeutet dies zuerst einmal, dass wir noch stärker als bisher veränderungsbereit sein müssen, um flexibel auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Im Tagesgeschäft haben wir den abrupten Zinsanstieg und die Konjunkturuntrübung zu managen. Wir arbeiten hier mit unterschiedlichen Szenarien, die Inflation und Konjunktur, insbesondere Energiepreissteigerungen und Lieferengpässe im geopolitischen Zusammenhang berücksichtigen. Wir planen dabei eine erhöhte Risikovorsorge in den Sektoren Unternehmen und private Haushalte ein.

Aufgrund unserer soliden Kapitalausstattung steht hierfür aber eine auskömmliche Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

 **Wie ist der aktuelle Stand beim laufenden Strategieprozess? Konnten schon Teilschritte abgeschlossen werden?**

Zehn Handlungsfelder sind in Bearbeitung und einige Teilschritte sind bereits abgeschlossen. Zum Beispiel haben wir auf der Marktseite mit dem Beschluss der BVR-Mitgliederversammlung Ende Juni einen Evolutionsbeschleuniger zu gründen, einen wichtigen ersten Schritt zum Aufbau eines genossenschaftlichen Ökosystems regionaler Prägung erreicht. Im Moment stellen wir die Führungsmannschaft für diese unternehmerische Einheit zusammen; im ersten Quartal 2023 soll das neue Unternehmen mit dem Namen „amberra“ an den Start gehen.

Auf der Betriebsseite kommen wir mit unserem neuen Betriebsmodell gut voran: Erste Prozesse sind bankübergreifend standardisiert und automatisiert, weitere folgen in den nächsten Wochen und Monaten. Potenziale im Bereich der IT-Synergien zwischen Atruvia und DZ Bank Gruppe sind identifiziert und in großen Teilen bereits gehoben.

Im Bereich der zu verbessernden Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe haben wir ein neues strategisches Ziel und Kennzahlensystem entwickelt, das allen Akteuren in der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Orientierung für ihre individuelle Strategie und Planung gibt und so zu einem besseren Zusammen-

menspiel der einzelnen Strategien im Verbund beiträgt.

Welches Projekt würden Sie derzeit als wichtigstes für die Genossenschaftliche Finanzgruppe erachten?

Ich würde das Programm der Strategieagenda und hier vor allem das Projekt Aufbau eines genossenschaftlichen Ökosystems sowie die Entwicklung eines neuen Betriebsmodells für die Genossenschaftsbanken auf Basis automatisierter und standardisierter Prozesse gern hervorheben. Diese beiden Projekte werden uns auch noch einige Jahre beschäftigen. Abgesehen davon ist unser Nachhaltigkeitsprojekt von besonderer Relevanz, da es als Querschnittsthema alle Bereiche einer Bank als auch ihrer Umwelt betrifft. Hier geht es darum, einerseits sich als Bank selbst Nachhaltigkeitsziele zu setzen und den eigenen „Footprint“ zu überprüfen, es geht aber auch darum, den gesellschaftlichen Transformationsprozess zu begleiten. Hier wollen die Genossenschaftsbanken ihren Kunden bei Fragestellungen rund um Nachhaltigkeitsfragen mit Rat und Tat zur Verfügung stehen und zum Beispiel die Transformation der Geschäftsmodelle der Firmenkunden mit Finanzlösungen zu begleiten.

Was sind gegenwärtig die größten Schwachstellen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe? Oder etwas milder gefragt: Wo sehen Sie aktuell Handlungsbedarf?

Zunächst einmal zeigen ja die soliden Geschäftsergebnisse in der jüngeren Vergangenheit, dass die Geschäftsmodelle der Genossenschaftsbanken grundsätzlich intakt sind. Die Gewinne wurden auch dazu genutzt, die Substanz zu stärken und wichtige Geschäfts- und Wachstumsgrundlagen für die Zukunft zu legen.

Großen Handlungsbedarf sehen wir in der überbordenden Regulierung, die herausfordernd für viele Genossenschaftsbanken ist und die auch ein Grund für Fusionen in unserem Sektor ist. Der Auf-

wand zur Einhaltung aufsichtlicher Vorgaben hat ein Ausmaß erreicht, der die Handlungsspielräume der Banken deutlich eingrenzt. Nicht zuletzt wirkt sie auch kostenerhöhend. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen, wie zum Beispiel Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Digitalisierung, brauchen Banken als Kapitalgeber und Transformationsbegleiter deutlich mehr Bewegungsfreiheit. Nur so können sie Teil der Lösung vieler Herausforderungen sein. Das sollte die Politik in Berlin und Brüssel auch in der Regulierung berücksichtigen. Dabei geht es nicht darum, Regulierung zurückzudrängen. Wir sehen Regulatoren und Aufsicht in der Pflicht, das Thema Proportionalität, also Verhältnismäßigkeit, stärker in ihrem Handeln zu verankern. Wir werden nicht müde, diese Position immer wieder vorzutragen. Zuletzt im Rahmen der Basel-III-Umsetzung und auch beim Thema siebte MaRisk-Novelle.

Wo noch?

Handlungsbedarf sehen wir darüber hinaus – und das ist ein generelles Thema der deutschen Wirtschaft – im zunehmenden Fachkräftemangel. Die Beratungsbedarfe der Kunden werden breiter – zum Beispiel kommt Nachhaltigkeit jetzt dazu und die regulatorischen Anforderungen an die Banken werden immer komplexer. Hier Menschen mit dem entsprechenden Wissen zu gewinnen und langfristig zu binden, wird zunehmend zu einer Herausforderung.

Es gibt viele Experimentierfelder derzeit: Blockchain, KI, Krypto und anderes. Wie ist da der Stand, womit dürfen wir in Zukunft verstärkt rechnen?

Dass Kryptowährungen eine hochspekulative Geldanlage sind und damit hohen Schwankungen unterliegen, ist klar. Ein Blick auf die derzeitigen Kurse führt das Risiko deutlich vor Augen. Für unsere Kunden, die aus eigenem Antrieb in diese hochspekulativen Anlageprodukte investieren wollen, werden wir gleichwohl eine Lösung anbieten. Derzeit arbeiten



Foto: BVR (Hoffotografen)

Marija Kolak



Präsidentin, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin

Im Redaktionsgespräch mit Marija Kolak, der Präsidentin des BVR, anlässlich des 50. Geburtstags des Verbands weist sie darauf hin, dass der BVR noch vergleichsweise jung sei. Die Wurzeln der Volksbanken reichen teilweise sogar mehr als 150 Jahre zurück. Wichtige Meilensteine in dieser Zeit auf dem Weg zur heutigen Genossenschaftlichen Finanzgruppe sieht Kolak unter anderem in der Errichtung der Sicherungseinrichtung im Jahr 1934 sowie in der Gründung der ersten Verbundunternehmen wie der Versicherung R+V, die in diesem Jahr 100-jähriges Jubiläum feiert. Eine große Aufgabe für die Finanzgruppe sieht die BVR-Präsidentin beim Thema Digitalisierung. Dort steht gerade das genossenschaftliche Ökosystem regionaler Prägung ganz weit oben auf der Agenda. Doch auch der Kampf mit der überbordenden Regulierung bleibe ein Dauerthema beim BVR und in der Finanzgruppe. Sie fordert, dass die regulatorischen Initiativen nach der Finanzmarktkrise nun als abgeschlossen betrachtet werden sollten. (Red.)

DZ Bank und Atruvia zusammen mit der dwp Bank gemeinsam an einem Angebot zum Kryptohandel. Dabei baut die Dwp Bank die technische Infrastruktur und die Atruvia integriert die Anwendung in die VR Banking App. Die DZ Bank wird den Handel im Auftrag der Primärbanken und ihrer Kunden abwickeln. Es ist durchaus möglich, dass die Banken im Laufe des kommenden Jahres damit starten können, wobei jedes Institut das für sich selbst beschließt. In einem zweiten

Schritt wird 2024 eine entsprechende Verwahrstelle angeboten. Verhandlungen mit entsprechenden Dienstleistern laufen. Einen Prototyp für eine Kryptowallet hat Atruvia bereits konzipiert.

Im Rahmen der Deutschen Kreditwirtschaft arbeiten wir gemeinsam mit ersten europäischen Banken an der Tokenisierung von Geschäftsbankengeld, um für die Bedürfnisse der Industrie 4.0 und das Bezahlen von Maschine zu Maschine gerüstet zu sein. Wir sehen dies als eine Innovationsaufgabe für die private Finanzwirtschaft.

„Der Zinsschritt der EZB im Juli ist eine wichtige Maßnahme, um die Inflationserwartungen zu dämpfen.“

Auch Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie, insofern gibt es auch in der Genossenschaftlichen Finanzgruppe eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten. Diese reichen von der Erlösgenerierung im Vertrieb über die Reduktion von Prozesskosten – Stichwort KI-basierte Automation – bis zur Betrugsprävention oder zur trennschärferen Ermittlung des Kreditrisikos. Neben der Frage, welche Anwendungsfälle mit KI umgesetzt werden sollen, spielen auch ethische Aspekte bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI in der Genossenschaftlichen Finanzgruppe eine große Rolle. Wenn mittels KI beispielsweise der Kreditvergabeprozess fallabschließend abgewickelt wird, muss es jedoch einen Mechanismus geben, dass ein Mensch in den Prozess eingreifen und die Entscheidung der KI überschreiben kann.

 **Wird es gelingen, Dezentralität und Subsidiarität, die Wesensmerkmal der Genossenschaftsbanken, und Digitalisierung erfolgreich zu vereinen?**

Da habe ich überhaupt keine Zweifel. Genossenschaftsbanken werden immer den Mitgliedern in ihrer Region verpflichtet sein. Regionalität – so meine feste Überzeugung – kann nur mit dezentralen Strukturen und subsidiären, also eigenverantwortlichem Handeln, er-

folgreich sein. Digitalisierung steht auf den ersten Blick in einem unauflöslichen Widerspruch dazu. Tatsächlich zeigt sich aber, dass sich regionale Aktivitäten durch überregionale, digitale Lösungen gut ergänzen lassen.

Unsere digitalen Lösungen ermöglichen es, dass Kunden, die in andere Regionen umziehen, nicht mehr unbedingt die Bank wechseln müssen, da sie über das Onlinebanking oder die VR Banking App unsere Services nutzen, aber auch über Telefon, Chat oder Videoberatung weiterhin Beratung in Anspruch nehmen

können. Wir wollen aber keine reine Digitalbank werden. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind eng mit ihrer Region verbunden und werden auch in Zukunft regional präsent und persönlich ansprechbar sein. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein sehr großer Teil unserer Mitglieder und Kunden kommen aus der Region und unsere Aktivitäten sind auf die Förderung unserer Mitglieder und des regionalen Wirtschaftsraums ausgerichtet. Denn eine wirtschaftlich starke Region wirkt sich positiv auf unseren Geschäftserfolg aus. Wir sehen eine große Chance darin, uns durch Regionalität in der digitalen Welt zu differenzieren, indem wir dort zum Beispiel regionale Informationen und Angebote integrieren oder mit unseren Mitgliedern diskutieren beziehungsweise sie bei Entscheidungen einbeziehen. Das gelingt uns über Plattformen, wie zum Beispiel die Co-Creation-Plattform „Digitales Netzwerk für Mitglieder“ oder die Crowdfunding-Plattform „Viele schaffen mehr“, die in vielen Genossenschaftsbanken eingesetzt werden.

 **Ein Wort zur EZB-Politik: Nun ist die Zinswende endlich da, aber sie kommt zu spät und vor allem mit zu großen Schritten. Können die Mitgliedsbanken den schnellen Zinsanstieg einigermaßen abfedern?**

Für alle Banken in der EU ist der abrupte Zinsanstieg, aber auch die schwierige konjunkturelle Situation, eine Herausforderung. Die steigenden Zinsen führen zu marktwertbezogenen Bewertungseffekten bei den Eigenanlagen der Banken. Gleichzeitig könnten die steigenden konjunkturellen Risiken zu höheren Bonitätsrisiken im Kreditbuch führen. Auch viele unserer Firmenkunden sind vom Preisanstieg, insbesondere bei Energie und Rohstoffen, und den unterbrochenen Lieferketten betroffen. Die weitere Bewertung hängt wesentlich von der künftigen Versorgungssituation bei Gas und anderen Rohstoffen ab. Unsere Mitgliedsbanken stellen sich auf diese Effekte im Bankgeschäft ein und können damit umgehen. Auch dank unserer guten Kapitalausstattung werden wir in der Genossenschaftlichen Finanzgruppe die Auswirkungen verkraften können.

Insgesamt würde ich aber nicht sagen, dass die Zinsschritte per se zu groß sind. Die EZB hat lange gezögert und nun gilt es, die Inflation stringent in den Griff zu bekommen. Auf längere Sicht ist es doch ein gutes Signal für Banken wie für Sparrer, wenn die EZB sich – hoffentlich dauerhaft – vom Negativzins abwendet.

 **Wie beurteilen Sie generell das Agieren der Europäischen Zentralbank: Vermittelt diese das Gefühl, unabhängig zu sein und ihrem Mandat treu zu bleiben?**

Der Anstieg der Inflation im vergangenen Jahr schien die EZB zunächst überrollt zu haben und sie hat zu lange gebraucht, um sich zur Zinswende durchzurufen. Der Zinsschritt der EZB im Juli ist eine wichtige Maßnahme, um die Inflationserwartungen zu dämpfen. Mit der weiteren Zinsanhebung vom 8. September 2022 und den angekündigten weiteren Zinserhöhungen zeigt die EZB endlich wieder eine konsequente Linie in ihrer geldpolitischen Strategie. Insofern: Ja, das aktuelle Handeln im EZB-Rat ist aus meiner Sicht mandatskonform.

Die Bewahrung der geldpolitischen Unabhängigkeit bleibt demgegenüber eine große Herausforderung. Die EZB steht in



einem schwierigen Spannungsverhältnis zwischen dem geldpolitischen Ziel der Preisstabilität und den fiskalpolitischen Unterschieden in der Union. Das neue Programm zur Kontrolle nicht gerechtfertigter Anleihe-spreads TPI ist ein gutes Beispiel für die schwierige Gratwanderung der EZB. Große Renditedifferenzen zwischen hoch und maßvoll verschuldeten Staaten gefährden die Einheitlichkeit der Geldpolitik. Der Spielraum für Marktinterventionen ist aufgrund des Verbots der monetären Staatsfinanzierung richtigerweise sehr eng gesteckt. Neben den rechtlichen Fragen ist es äußerst problematisch, dass die EZB den Zugang zum TPI-Programm an die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und andere Bedingungen geknüpft hat. Nun muss sie im Fall der Fälle eine sehr folgenreiche Prüfung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung von einzelnen Mitgliedsstaaten vornehmen. Der politische Druck auf die EZB dürfte in einer solchen Situation enorm sein und ihr Ansehen könnte dabei beschädigt werden.



Doch nicht nur von der Zinsseite droht Ungemach, auch aus Europa: Wie geht es nach dem Scheitern der EDIS-Pläne nun weiter mit der Bankenunion und der Kapitalmarktunion?

Ich formuliere meine Antwort bewusst klar, weil die Diskussion häufig rein politisch geführt wird: Wir benötigen eine starke Bankenunion. Die Einführung eines EDIS hätte aber genau das Gegenteil bewirkt. Denn die EDIS-Pläne der Europäischen Kommission zielen auf die Vergemeinschaftung von Risiken in der EU ab. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die aktuelle politische Abkehr von diesen EDIS-Plänen. Die derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklungen bestätigen uns in unserer Forderung, dass nicht die Vergemeinschaftung, sondern der Abbau von Risiken in den Bankbilanzen Vorrang haben muss.

Die Kommission wird sich nun auf das Krisenmanagement für Banken konzentrieren und voraussichtlich Anfang 2023 ihr Legislativpaket dazu vorlegen. Sie beabsichtigt offenbar, brisante Änderungen vornehmen zu wollen. Insbesondere

strebt sie eine Ausdehnung des öffentlichen Interesses an der Abwicklung auf mittlere und sogar kleinere Banken an. Nach dem Willen der Kommission soll nahezu jede Bank unabhängig von ihrer Größe durch die Abwicklungsbehörden abgewickelt werden können. Finanzieren sollen das die nationalen Einlagensicherungssysteme. Dies würde den Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten beim Umgang mit scheiternden inländischen Banken erheblich einschränken. Gerade mittlere und kleine Institute, die mit einer Institutssicherung über einen zusätzlichen Schutz bei Schieflagen verfügen, würden mit einem erheblichen administrativen und finanziellen Aufwand belastet. Aus unserer Sicht sollte sich die Kommission anstelle solcher politisch kontroversen Vorschläge auf einzelne technische Verbesserungen des bestehenden Rahmens konzentrieren und damit die Bankenunion zum Erfolg führen.



Sie fürchten durch die angedachte Ausweitung der Befugnisse des SRB ein „EDIS durch die Hintertür“, wie kann das verhindert werden?

In der Tat würde eine Ausweitung des Abwicklungsregimes auf kleine und mittelgroße Institute auf Kosten der nationalen Einlagensicherungssysteme ein „EDIS durch die Hintertür“ bedeuten. Im

Fokus sollte nach unserer Auffassung die Stärkung der existierenden und bewährten Strukturen stehen. Dazu gehören die nationalen Einlagensicherungssysteme und die klare Differenzierung zwischen Banken, deren Systemrelevanz eine Abwicklung tatsächlich erforderlich macht, und weniger bedeutenden Banken (LSIs), für die richtigerweise die Insolvenz die geeignete Abwicklungsstrategie bildet. Zudem müssen zusätzliche bewährte Schutzmechanismen – wie die Institutssicherung der Genossenschaftsbanken in Deutschland – berücksichtigt werden.



Darf man den Eindruck haben, dass es in Brüssel einfach zu viele Institutionen gibt, die ihr Dasein rechtfertigen müssen?

Ich denke, dass ein solcher Ansatz zu kurz springen würde. Die Schaffung der verschiedenen Regulierungsinstanzen auf

„Wir benötigen eine starke Bankenunion.“

europäischer Ebene wie EBA, ESMA, EZB-Bankenaufsicht oder SRB hat nachvollziehbare Ursachen und die Akteure leisten auch wichtige Arbeit. Schwierig wird es aber dann, wenn in Einzelfällen über gesetzliche Grundlagen hinaus agiert wird, Behörden sich ohne Rechtsgrundlage Kompetenzen schaffen wollen oder unnötigerweise nahezu gleiche Meldungen an verschiedene Akteure abzugeben sind. Dies geht dann nämlich häufig unkoordiniert und unkontrolliert zulasten der betroffenen Institute.



Andererseits heißt es im Moment immer wieder, Banken seien Teil der Lösung. Spüren Sie das auch in Ihren persönlichen Gesprächen. Ist man der Bankenbranche und deren Interessen gegenüber wieder offener geworden?

In der Wahrnehmung der Politik wird nach meinem Eindruck mehr und mehr erkannt, dass Banken eine Schlüsselrolle in der Finanzierung der Transformation unserer Wirtschaft hin zu mehr Nachhal-

tigkeit zukommt. Dieser Anerkennung sollten aber auch Taten folgen.

Der politische Rahmen trägt bislang nur partiell dazu bei, dass Banken dieser Rolle wirklich immer gerecht werden können. Unbestritten braucht der Markt einheitliche Standards wie die Taxonomie, damit alle Marktteilnehmer dasselbe Verständnis von nachhaltiger Transformation haben und Investitionen insbesondere für die Energiewende mobilisiert werden können. Demgegenüber dürfen Banken nicht – wie zum Beispiel im Entwurf der Entwaldungsverordnung – als Stellhebel

regulatorischen Initiativen nach der Finanzmarktkrise 2008 als abgeschlossen betrachtet werden. Es ist Zeit für ein Innehalten. Wichtig wäre jetzt ein langfristiges regulatorische Zielbild, in dem sich insbesondere der Gedanke der Verhältnismäßigkeit durchgehend wiederfindet. Die bisherigen Erleichterungen für kleine und mittlere Banken sind nicht ausreichend. Vielmehr sind weitreichendere Entlastungen nötig, zum Beispiel für kapitalmäßig gut ausgestattete Institute. Auch ist eine stärker prinzipienorientierte Regulierung denkbar, in der nicht alles und jedes bis in das kleinste Detail vorgegeben wird.

„Die bisherigen Erleichterungen für kleine und mittlere Banken sind nicht ausreichend.“

verwendet werden, um politisch nicht erwünschte Wirtschaftstätigkeiten von den Kapitalströmen zu trennen.

Vielmehr sollten Kunden auf der Basis transparenter Informationen entscheiden, welche Nachhaltigkeitskriterien bei ihrem Investment eine Rolle spielen sollen. Zudem verlieren sich die regulatorischen Vorgaben häufig zu sehr im Detail. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich aus teils sogar widersprüchlichen Vorgaben, die Banken vor immense Herausforderungen in der Umsetzung stellt. Kritisch sehen wir auch, dass politische Weichenstellungen hinsichtlich Sustainable Finance zunehmend auf Expertengruppen auf europäischer oder nationaler Ebene verlagert werden, bei denen Bankenexpertise nicht zwingend einbezogen wird. Grundsätzliche Entscheidungen sollten außerdem in parlamentarischen Prozessen erfolgen und nicht durch Level-II-Rechtsakte oder Verwaltungsvorgaben.

 **Gerade beim Thema Klimawandel und Transformation der Wirtschaft kommt sehr viel auf die Institute zu. Gleichzeitig nimmt der Regulierungsdruck immer nur zu. Braucht es mehr Freiheiten für Banken?**

Spätestens nach der Implementierung von Basel III in EU-Vorgaben sollten die

 **Was ist nach Ihrer Meinung derzeit die größte Herausforderung für die Banken in Deutschland: Die drohende Rezession, die hohe Inflation, die Veränderungen in der Weltwirtschaft, die Corona-Unordnung, die Zinspolitik, das Thema Nachhaltigkeit, die wichtige Digitalisierung ...?**

Inflation, Rezessionsgefahren, geopolitische Risiken und die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen – diese Themen sind eng miteinander verbunden. Für Banken gehört das Management von Risiken zu den Kernkompetenzen. Wir können damit routiniert und professionell im Rahmen unseres Bankgeschäfts umgehen. Zudem sind mit Veränderungen immer auch Chancen verbunden. Beides, die Belastung durch die Risiken und das Heben der Chancen, hängt aber auch stark vom wirtschaftspolitischen Umfeld ab. Mit Blick auf die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz und weiteren Aufgaben wie die Digitalisierung erwarten wir von der Bundesregierung in den kommenden Monaten stärkere Impulse zur Verbesserung des Investitionsumfelds und der Finanzierung. Hierzu zählen die im Koalitionsvertrag angekündigte Beschleunigung und zunehmende Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine hohe Verlässlichkeit der Förderprogramme der öffentlichen Förderkreditinstitute

des Bundes und der Länder. Auch sollte die Bundesregierung prüfen, wie sie im Bereich des Steuerrechts stärkere Investitionsanreize setzen kann, um die erforderliche Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu fördern. Neben der Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter, der sogenannten Superabschreibung, würden verbesserte Abschreibungsbedingungen sowie eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags die Investitionsbereitschaft von Unternehmen stärken.

 **Zum Geburtstag darf man sich üblicherweise etwas wünschen. Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, was wären diese?**

Die aktuellen Krisen führen uns vor Augen, dass Frieden, Miteinander, Toleranz und Wohlstand oft keine Selbstverständlichkeiten mehr sind, sondern erstrebenswerte Zustände, die aktives und teils unermüdliches Zutun erfordern. Aus jeder Krise entstehen auch Chancen – diese zu identifizieren und aktiv zu nutzen, ist sicherlich eine Aufgabe, der sich jeder Einzelne in seinem Wirkungsbereich widmen kann und der sich die Politik zu stellen hat. Ich wünsche mir, dass wir die Herausforderungen der Gegenwart mit Zuversicht, Entschlossenheit und Gemeinschaftssinn angehen.

Wenn wir den Fokus auf die Genossenschaftliche Finanzgruppe richten, wünsche ich mir, dass sie auch in Zukunft eine bei Mitgliedern und Kunden hochgeschätzte sowie ertragsstarke Bankengruppe bleibt und freue mich, die entsprechenden Strategiprojekte hierfür gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen weiter voranzutreiben.

Und damit sind wir beim dritten Anliegen, dass wir als BVR auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Interessen unserer Mitgliedsinstitute wirkungsvoll vertreten und dabei auch den hohen Verbraucherschutzgedanken des Institutschutzes, den wir mit der BVR-Sicherungseinrichtung von Beginn an geleistet haben, fortführen können. Es ist mir eine ausgesprochene große Freude, mich weiterhin dafür einzusetzen.